



# Weg mit dem Gesetz zur Tarifeinheit – für das Recht auf politischen Streik

Die Arbeitsministerin der Großen Koalition, Andrea Nahles (SPD), hat Ende Oktober den lange angekündigten Gesetzentwurf zur „Tarifeinheit“ vorgelegt, der am 3. Dezember vom Bundeskabinett verabschiedet werden soll. Dass der DGB Bundesvorstand sich nicht in der Lage sieht, zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme abzugeben, zeigt, dass die DGB-Spitze wohl keine grundsätzlichen Einwände gegen den Gesetzentwurf hat. Und dies, obwohl der Beschluss des DGB-Bundeskongresses vom Mai eine eindeutige Positionierung gegen ein solches Gesetzesvorhaben verlangt. Die Vorstände der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) haben den Gesetzentwurf sogar ausdrücklich begrüßt.

## Worum geht es eigentlich?

In den letzten 25 Jahren ist es in den DGB-Gewerkschaften zu Positionsveränderungen zu wesentlichen gesellschaftlichen Fragen gekommen. Gab es noch bis spät in die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts hinein eine breite Mehrheit für eine Positionierung der Gewerkschaften als Gegenmacht, so ist diese Positionierung Stück für Stück zurückgenommen und durch die „Standortlogik“ ersetzt worden. Das durch den damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel propagierte „Bündnis für Arbeit“ sah erstmals vor, durch Verzicht auf Lohnbestandteile und/oder Arbeitszeitverlängerung Beschäftigung zu sichern.

1984 hatten IG Metall und IG Druck und Papier durch einen sehr harten Kampf, mit Streik und Aussperrung, noch eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich durchgesetzt. Dies sollte sowohl neue Arbeitsplätze schaffen und bestehende sichern wie auch neue Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe der Mitglieder eröffnen.

Die Standortlogik ging nun genau in die entgegengesetzte Richtung. Durch Vereinbarungen mit dem Kapital sollte nun auf Kosten der Beschäftigten (d. h. durch Lohnsenkung) die Konkurrenzfähigkeit gesichert werden. In der Folge führte das dazu, dass in den 90er Jahren und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts die Realeinkommen breiter Teile der Lohnabhängigen sanken und der DGB bei der Ausarbeitung der Hartz-Gesetze mit am Tisch saß, was wiederum zu einem massiven Druck auf die Beschäftigten, aber vor allem auf die erwerbslos gemachten Kolleg\_innen, führte.

Durch diese Entwicklung verloren die DGB-Gewerkschaften nicht nur an Rückhalt, sondern auch massiv Mitglieder, was wiederum zu einem Bedeutungsgewinn kleinerer Gewerkschaften führte, die in der Regel vorher mit den DGB-Gewerkschaften gemeinsam in Tarifgemeinschaften Tarifpolitik betrieben. Symptomatisch für solch eine Entwicklung ist die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) im Deutschen Beamtenbund (DBB). Der DBB ist von seiner Struktur und seinen Mitgliedern her eher eine – um es vorsichtig zu sagen – konservative Organisation. BeamtInnen wird bis heute in der Bundesrepublik kein Streikrecht zugestanden, was dazu führt, dass eine Organisation, die diese Beschäftigtengruppe vertritt, nur eine Bittstellerrolle einnimmt.

Vor der Gründung der Deutschen Bahn AG waren LokomotivführerInnen Beamte. Seitdem aber die Privatisierung der Bahn vorangetrieben wurde, werden Lokführer nicht mehr verbeamtet. Das führte dazu, dass die GDL ihren Status als Beamtengewerkschaft verlor und nun eine Gewerkschaft mit Streikfähigkeit geworden ist. Zum Bedeutungsgewinn der GDL hat aber im wesentlichen die Tarifpolitik der für die Bahn zuständigen DGB-Gewerkschaft EVG (ehemals GDED, Transnet) beigetragen. Es gab nicht nur reale Lohnverluste für die Beschäftigten bei der Bahn. Die Akzeptanz der Privatisierungsbestrebungen (beim geplanten Börsengang der Bahn) durch die zuständige DGB-Gewerkschaft führte zu einem massiven Stellenabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Vor

diesem Hintergrund hat die GDL eine Tarifpolitik entwickelt, die das Interesse ihrer Mitglieder in den Vordergrund gestellt hat und schon mehrmals erhebliche Verbesserungen durchsetzen konnte.

## **SPD als Vollstreckungsgehilfin des Kapitals**

Die letzte Bundesregierung aus CDU und FDP konnte sich auf kein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Tarifeinheit einigen, obwohl DGB und Arbeitgeberverbände durch eine gemeinsame Initiative die Regierung aufgefordert hatten, tätig zu werden. Erst mit Bildung der Großen Koalition nahmen die Bestrebungen wieder Fahrt auf und das Vorhaben „Tarifeinheit“ wurde in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Durch das Zusammenwirken von Bahn- und Lufthansa-Vorstand und Bundesregierung sehen die Akteure offensichtlich das gesellschaftliche Klima bereitet, um der GDL durch die „Tarifeinheit“ Ketten anzulegen. Die Politik der Standortsicherung soll endlich auch gegenüber den renitenten Berufsgewerkschaften durchgesetzt werden.

Der Gesetzentwurf von Nahles sieht einen direkten Eingriff in das Streikrecht vor: In dem Moment, in dem die jeweils mitgliederstärkere Gewerkschaft in einem Betrieb einen Tarifvertrag abschließt, soll die jeweils kleinere Gewerkschaft in dem betreffenden Betrieb nicht mehr streiken dürfen.

Kommt dieses Gesetz durch, so wäre das ein Tabubruch! Denn erstmals in der Geschichte der BRD wäre dies ein massiver Angriff auf das Koalitionsrecht. Dieses Grundrecht, das alle abhängig Beschäftigten laut Grundgesetz Artikel 9 Absatz 3 zur Durchsetzung ihrer Interessen in Anspruch nehmen können, macht nur Sinn, wenn eine Gewerkschaft auch streiken darf.

**Regierung und Kapital sind wild entschlossen, diesen Angriff auf das Koalitions- und Streikrecht aller zu Ende zu führen! Dies darf nicht geschehen!**

Dass die IG BCE und die EVG zu den größten Befürwortern des Gesetzesvorhabens gehören, überrascht dabei nicht. Sie wollen offensichtlich weiter in aller Ruhe ihre Kuschelpolitik mit den Bossen fortsetzen.

Für kämpferische Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bedeutet dieses Gesetz allerdings eine Kriegserklärung. Angesagt ist keine Einschränkung, sondern eine Ausweitung des Streikrechtes. Das muss allerdings einhergehen mit einem Bruch mit der neoliberalen Politik.

**Der beste Weg, den Angriff auf das Streikrecht abzuwehren ist, das Streikrecht wahrzunehmen! Die GDL macht es vor!**

**Deshalb:**

**Solidarität mit der GDL**

**Weg mit dem Gesetzentwurf zur Tarifeinheit**

**Für die Durchsetzung des Rechts auf politischen Streik**

**Für eine kämpferische Gewerkschaftspolitik – Schluss mit der Standortlogik**

internationale sozialistische linke (isl)  
<http://www.islinke.de/>



Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB)  
<http://www.rsb4.de/>

